

borderline-europe, Sizilien

SCIROCCO

Kurzinfo aus Italien



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 in einem ca. monatlichen Rhythmus.

Politische Situation

EU-Kommission schlägt neue Regeln für Rückführungen vor

Die EU-Kommission hat dem europäischen Parlament am 11. März einen Plan zur **Verschärfung von Rückführungsregelungen** für Migrant*innen vorgeschlagen. Konkret beziehen sich die Neuerungen auf die Möglichkeit von Rückführungsabkommen mit Drittstaaten, auf die Ausweitung der Abschiebehaft, auf freiwillige Ausreisen und Wiedereinreiseperrn für Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus. Abschiebungen, oder verschönert "Rückführungen", betreffen Migrant*innen, die sich ohne regulären Aufenthaltsstatus in einem EU-Staat aufhalten. Die neue Regelung soll direkt anwendbar und gesetzlich bindend sein, sodass eine nationale Umsetzung nicht erforderlich wäre.

Die Reform sieht **drei Möglichkeiten für Rückführungen** vor. Sie sollen wie bisher in die Herkunftsländer der Betroffenen möglich sein, was aber ein Abkommen mit diesen Ländern voraussetzt. Zusätzlich sollen sie nun aber auch in Transitländer oder in beliebige Drittländer möglich sein, wenn mit einem Mitgliedstaat ein entsprechendes Abkommen besteht. Obwohl also immer noch Abkommen mit etwaigen Ländern für eine Abschiebung notwendig sind, ist der entscheidende Unterschied, dass Migrant*innen nun ohne deren Zustimmung in ein von der Regierung gewünschtes Land abgeschoben werden können – auch in Länder, in denen sie niemals waren.

Mitgliedstaaten sollen auch die Möglichkeit haben durch Abschiebedeals mit Drittstaaten **gefängnisähnliche Rückführungszentren** außerhalb der EU zu errichten. Dort würden, anders als beim Italien-Albanien-Deal, nur Menschen inhaftiert werden, die abgeschoben werden sollen. Gleichzeitig sieht die Kommission vor, Gründe für eine Abschiebehaft zu erweitern und die reguläre Haftdauer von sechs auf zwölf Monate zu verdoppeln. Juristisch gesehen ist die Haft eigentlich

nur als allerletztes Mittel („ultima ratio“) einzusetzen, da sie einen starken Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit jedes Menschen darstellt. Mit der geplanten Änderung der Haftgründe könnte die Inhaftierung von Schutzsuchenden nun also zur Norm werden, was klar im Widerspruch zu verfassungsrechtlichen Grundrechten steht.

Die Kommission plant unter anderem einen **umfassenden Katalog zu Pflichten von Schutzsuchenden** einzuführen, die, wenn sie nicht eingehalten werden, gravierende Sanktionen nach sich ziehen. Außerdem sollen die bisherigen **Fristen zur freiwilligen Ausreise von Ausreisepflichtigen abgeschafft** werden. Bisher musste Migrant*innen eine zumutbare Frist von sieben bis 30 Tagen gegeben werden, in der sie freiwillig ausreisen konnten. Durch die Änderung wird diese Frist wegfallen. Migrant*innen könnten somit direkt in Abschiebehaft genommen werden. Die Möglichkeit freiwilliger Rückführungen ist mit dieser Regelung praktisch ausgeschlossen, es kann nur noch von zwangsweisen Rückführungen gesprochen werden. Außerdem soll die Dauer der Wiedereinreiseperrre drastisch erhöht werden - von maximal fünf auf bis zu zehn Jahre, mit der Möglichkeit einer Verlängerung um weitere fünf Jahre bei „entsprechenden“ Gründen.



Foto von [Christian Lue](#) auf [Unsplash](#)

Obwohl die **EU Kommission erklärte**, dass die EU-Länder, die über externe „Rückführungszentren“ verhandeln, die Einhaltung der Grundrechte sicherstellen müssen, sind sich viele Kritiker*innen der möglichen Konsequenzen bewusst. Laut **Wiebke Judith** von Pro-Asyl haben „solche Deals massive finanzielle, politische und vor allem menschliche Kosten“. Auch **Marta Welanders**, EU-Advocacy-Direktorin beim International Rescue Committee

(IRC) sieht das Vorhaben der EU-Kommission kritisch: „Obwohl unklar ist, welche Form die von der EU vorgeschlagenen Rückführungszentren genau annehmen werden, wissen wir, dass die bestehenden Migrationsabkommen der EU mit Nicht-EU-Ländern dazu geführt haben, dass Tausende Flüchtlinge und andere Migranten Gewalt, Missbrauch, Ausbeutung und Tod ausgesetzt waren“.

Die neue Regelung der Kommission ist damit Ausdruck eines Rechtsrucks in Europa, der politisch ungewollte Minderheiten diskriminiert und kann nur als weiterer Schritt in Richtung Abschottung und menschenverachtende Politik verstanden werden.

Ist der Italien-Albanien-Deal damit gerettet?

Was bedeuten diese Entwicklungen für den Albanien-Deal der italienischen Regierung? Zur Erinnerung: Die italienische Regierung hat bereits drei Mal versucht, im Mittelmeer gerettete, nicht-vulnerable Schutzsuchende aus sicheren Drittstaaten in Grenzzentren in Albanien unterzubringen, um diese in beschleunigten Asylverfahren innerhalb eines Monats direkt in das entsprechende Herkunftsland zurückzuschicken. Doch alle Versuche sind bisher gescheitert. Der Grund dafür ist u.a. ein Urteil des Europäischen Gerichtshof (EuGH), welches besagt, dass ein Land nur dann als sicher gelten kann, wenn es in allen Teilen seines Hoheitsgebiets für alle Personengruppen sicher ist. Ein noch ausstehendes Urteil des EuGH soll darüber hinaus Aufschluss geben, ob dazu EU-Recht oder nationales Recht Vorrang hat (genauere Infos dazu in [unserer letzten Ausgabe](#) sowie in unserem Artikel zur [Umsetzung des EU-Paktes](#) zur Migration in Italien). Die Zukunft der Albanien-Zentren ist daher weiterhin unklar.

An den Albanien-Zentren ändert der [Plan der Kommission nichts](#). Denn während in den Albanien-Zentren Asylsuchende, die im Mittelmeer gerettet wurden (und noch nicht EU-Boden betreten haben) und aus sog. „sicheren Herkunftsländern“ kommen, einem Schnellverfahren unterstellt werden, will die EU-Kommission hingegen eine Rechtsgrundlage schaffen für Menschen, die sich bereits auf europäischem Boden befinden und deren Asylantrag abgelehnt wurde.

Für die italienische Regierung ist das Vorhaben der Kommission trotzdem ein Erfolg, da theoretische

eine Umwandlung der bisherigen Grenzzentren in Abschiebehafenzentren (CPRs) möglich wäre. Die Umsetzung dieses [Plans](#), die Zentren in Albanien in sogenannte “Return-hubs” umzuwandeln, wird jedoch einige Zeit in Anspruch nehmen, da neben der [Zustimmung der albanischen Regierung](#) zur Änderung des Italien-Albanien-Protokolls auch das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union zustimmen müssen. Gleichzeitig hält sich die italienische Regierung die Möglichkeit offen, im Falle eines günstigen [Urteils des EuGH](#), welches im Sommer erwartet wird, den bisherigen Albanien-Plan umzusetzen.

Italiens Kassationsgericht entscheidet im Fall Diciotti: Regierung muss Migranten entschädigen

Am 6. März fällte das italienische Kassationsgericht ein bedeutendes Urteil. Es hat entschieden, dass die Regierung Migrant*innen entschädigen muss, die im Jahr 2018 auf dem Küstenwachschiff [Diciotti](#) während zehn Tagen festgehalten wurden. Ein eritreischer Migrant hatte gegen die Freiheitsentziehung geklagt und vor dem höchsten Gericht Italiens Recht bekommen.

Die Blockade verstieß laut Urteil gegen internationale Menschenrechtsabkommen, die Vorrang vor nationalen Gesetzen haben. Das Gericht betonte, dass politische Entscheidungen nicht über fundamentalen Rechten stehen und staatliche Maßnahmen stets juristisch überprüfbar bleiben müssen.

Der Fall wird nun erneut vor dem Berufungsgericht in Rom verhandelt, das über die Höhe der Entschädigung entscheiden muss.

Justizreform: Die Trennung der Laufbahnen in der Justiz gefährdet richterliche Unabhängigkeit

Italienische [Richter*innen demonstrieren landesweit](#) in 29 Städten gegen eine geplante Justizreform. Die Verfassungsreform sieht [grundlegende Änderungen der Organisation der Justiz](#) vor und wird maßgeblich von der Regierung Meloni unterstützt. Die wichtigsten Änderungen sind die Trennung von Richterschaft und Staatsanwaltschaft. Unser Artikel [“Das Machtspiel: Wie die italienische Regierung Migration und Justizreformen nutzt, um demokratische Kontrollmechanismen und](#)

internationales Recht zu schwächen“ befasst sich ausführlich mit der zunehmenden Machtkonzentration in den Händen der italienischen Regierung.

Der Artikel legt nahe, dass diese Maßnahmen allgemeinere Tendenzen im Verhalten der Regierung widerspiegeln, die ernsthafte Bedenken für Demokratie, Menschenrechte und internationales Recht aufwerfen und die grundlegenden Prinzipien der gegenseitigen Kontrolle von Judikative, Legislative und Exekutive



Foto: Palazzo dei marescialli, CSM Hauptsitz CC BY-SA, Markus Spiske

sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene bedrohen.

Die italienische Richter*innenvereinigung sieht die getroffenen Maßnahmen vor dem Hintergrund der **aktuellen politische Entwicklungen** sehr kritisch. So hat die italienische Regierung in den letzten Jahren schon oft Druck auf die Justiz ausgeübt, wenn ihr Entscheidungen nicht gefielen, z.B. auch in Bezug auf die Eröffnung der Grenzzentren in Albanien. Laut **Mario Bandoni**, Präsident der ANM (Vereinigung der Magistrat*innen) Piemont, seien die Reformen nicht isoliert zu verstehen, sondern stehen „in einen Kontext ständiger Angriffe nicht nur gegen die Justiz als Ganzes, sondern auch gegen einzelne Kolleg*innen [...], die sich lediglich der Entscheidungsfindung schuldig gemacht haben, die der damaligen politischen Mehrheit missfielen.“ Er bilanziert: „Es ist ein Klima der Intoleranz

gegenüber der Ausübung der Kontrollfunktion durch die Justiz, das leider nicht nur in Italien zu spüren ist.“

Situation der Geflüchteten

Warum Legalisierung von Migration für wirtschaftliche Zwecke allein nicht reicht

Um Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft nachzukommen, hat Landwirtschaftsminister Francesco Lollobrigida die Notwendigkeit betont, **reguläre Migration zu fördern**. Wer Migrant*innen wirklich helfen wolle, müsse mehr reguläre Einwanderungsmöglichkeiten schaffen. Gleichzeitig sagt er, es müsse entschieden gegen irreguläre Migration vorgegangen werden.

Obwohl der Plan grundsätzlich positiv zu bewerten ist – insbesondere, da die Schaffung sicherer Migrationswege einen wichtigen Schritt in Richtung Bewegungsfreiheit darstellen könnte –, ist es entscheidend, irreguläre Migration nicht zu dämonisieren. Tatsächlich sind irreguläre Migrant*innen ein wesentlicher – und gewollter(!) – Bestandteil der Menschen, die in der italienischen Landwirtschaft beschäftigt sind.

Völlig auf sich allein gestellt und ohne jeglichen rechtlichen Schutz landen viele dieser Menschen in **ausbeuterischen Verhältnissen**.

In Sizilien stellen Migrant*innen ein Drittel der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft dar. Sie arbeiten täglich 10 bis 12 Stunden, oft sieben Tage die Woche – meist ohne vertragliche



Foto von Markus Spiske auf Unsplash

Absicherung. Zudem müssen sie einen Großteil ihres ohnehin minimalen Lohns an ihre Arbeitgeber zurückzahlen. Durch ihre prekäre rechtliche Situation und fehlende Sprach- sowie Verwaltungskenntnisse bleiben viele Migrant*innen in diesen ausbeuterischen Strukturen gefangen.

Anstatt den Fokus also ausschließlich auf legale Migration zu setzen, könnte die italienische Regierung viel bewirken, indem sie den Zugang zu regulären Migrationswegen erleichtert. Andernfalls könnte die Rhetorik von "regulär = gut, irregulär = schlecht" weiterhin genutzt werden, um rassistische und menschenfeindliche Politik zu rechtfertigen, die Migrant*innen noch stärker marginalisiert.

Ein positives Beispiel für wirtschaftliche Entwicklung durch Migration ist [Spanien](#). Nachdem das Land im letzten Jahrzehnt wirtschaftliche Schwierigkeiten hatte, befindet es sich derzeit auf dem besten Weg, eine der leistungsstärksten Volkswirtschaften innerhalb der EU zu werden. Ein zentraler Faktor dieses Erfolgs war die effektive Integration von Migrant*innen, vor allem aus Lateinamerika, in Spaniens Arbeitsmarkt. Statt Migration zu dämonisieren, wurde sie gezielt genutzt, um dem Bevölkerungsschwund entgegenzuwirken und das Wirtschaftswachstum anzukurbeln.

„Aufenthaltserlaubnis sofort“ – Proteste in ganz Italien

Währenddessen kommt es in mehreren Regionen Italiens zu Protesten. Dutzende Migrant*innen protestieren sowohl in [Foggia](#), in [Perugia](#) und auch in [Mailand](#) gegen die „diskriminierenden Gesetze und Praktiken“, die Millionen ausländische Arbeitskräfte betreffen. Den Demonstrierenden geht es vor allem um die bürokratischen Verzögerungen bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen – einige warten bereits seit Jahren. Ihr Ruf „Aufenthaltserlaubnis sofort“ steht für den Kampf um ein sicheres und geregeltes Leben in Italien. Ohne gültige Dokumente können sie weder legal arbeiten noch Wohnungen mieten. Ein [Demonstrant](#) beschreibt es so: „Kommen Sie in zehn Tagen wieder, sagen sie ihnen, aber diese zehn Tage sind seit acht Jahren nicht vergangen.“

Monitoringprojekt mit dem Arci Porco Rosso: Notstand im Abschiebungsgefängnis Trapani/Milo: Überleben unter Bedingungen von Gewalt und Angst

In der Abschiebungshaft (CPR) von Trapani/Milo eskaliert die Situation seit einigen Wochen: Inhaftierte berichten von brutaler Gewalt,

fehlendem Schutz und unmenschlichen Bedingungen. Die Behörden lassen sie im Stich und greifen nicht ein – es herrschen Angst und Hoffnungslosigkeit. Ein Klima, das Menschenleben bedroht und nicht würdigt. Warum die Schließung dieser Zentren die einzige Lösung ist, lesen Sie im [neuesten Artikel](#) vom Arci Porco Rosso.

NEU – NEU – NEU – NEU – NEU – NEU – NEU – NEU - NEU

Nächste Woche erscheint unser neues STREIFLICHT!!!!

Folgen Sie unseren SOCIAL MEDIA Kanälen und werfen Sie einen Blick auf unsere Homepage!



Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#) sowie in unserem [Streiflicht „Kosmos Palermo“](#).



Zum Hören [hier](#) unsere Podcasts aus Italien!

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
<mailto:italia@borderline-europe.de>

Der Scirocco erscheint im Jahr 2025 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR)

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unsplash